



Sessionsbericht – Sommersession

Rapport de session – Session d'été

3. Juni bis 21. Juni 2019

Von Michael Mandl, Fraktionssekretär

Europapolitik – Wo ist der Ausweg aus dem Irrgarten?

In der Europapolitik herrscht seit geraumer Zeit ziemlich viel Verwirrung und manchmal bekommt man den Eindruck, ein Grossteil der Schweizer Politlandschaft befinde sich in einem Irrgarten und suche verzweifelt nach dem Ausweg. Auch während der abgelaufenen Sommersession überhäuften sich die Ereignisse in Sachen Europapolitik. Einen ersten Versuch wagte der Bundesrat an seiner Sitzung vom 7. Juni 2019, als er die Weiterentwicklung des bilateralen Weges mittels eines Rahmenabkommens grundsätzlich guthiess. Dabei verlangte er aber Klärungen in den Bereichen Unionsbürgerrichtlinie, Lohnschutz und staatliche Beihilfen. Aus Sicht der FDP ein richtiger Schritt, um dem Labyrinth zu entkommen, da sich der Bundesrat unter Leitung der FDP-Vertreter unserer Position annäherte.

In der zweiten Sessionswoche war der Ständerat am Zug zur Erneuerung des Erweiterungsbeitrages an ausgewählte EU-Staaten (kurz: Kohäsionsmilliarde). Da weiterhin eine Differenz zum Nationalrat besteht, konnte das Geschäft, das bereits seit der Wintersession 2018 in der parlamentarischen Beratung steckt, noch nicht verabschiedet werden. Die Räte sind sich nämlich uneinig betreffend der Verteilung der Gelder. Damit ist klar, dass der definitive Beschluss zur Kohäsionsmilliarde erst im September fallen wird. Ob das zur Normalisierung der Beziehung zur EU beiträgt oder nicht, sei einmal dahingestellt. Es wird aber klar, dass wir uns hier im Kreis drehen, um in der Bildsprache zu bleiben. Ebenfalls keine Hilfe zur Suche eines Ausweges leistete die EU mit dem Nicht-Entscheid zur Verlängerung der Börsenäquivalenz. Stattdessen lässt sie uns ohne klaren Plan verharren. Und das obwohl die ersten Reaktionen auf den Bundesratsentscheid von Anfang Juni zunächst noch positiv ausfielen. Der Orientierungssinn ist langsam wirklich verloren gegangen.

Und um die ganze Verwirrung noch weiter zu führen, akzeptierten die eidgenössischen Räte Motionen aus der WAK-N und der WAK-S, die Nachverhandlungen zum Rahmenabkommen verlangen. Die FDP lehnt die Motionen ab, weil sie nicht zur Klärung der aktuell vertrackten europapolitischen Situation beitragen. Im Gegenteil, mit Forderungen aus der Phantasiewelt u.a. von der CVP soll in Zukunft auch während laufenden Verhandlungen die Stimmbevölkerung eingebunden werden. Bei solchen abstrusen Forderungen fragt man sich, ob die Orientierungslosigkeit im Irrgarten noch das harmlosere Hindernis auf dem Weg zur Weiterentwicklung des bilateralen Weges ist. Ein Ausweg ist auf jeden Fall während dieser Session nicht gefunden worden. Und ob sich dies im derzeitigen destruktiven Umfeld von Abschottern und Besitzstandbewahrem bald ändern wird, muss zumindest zum aktuellen Zeitpunkt bezweifelt werden. Die Suche geht weiter...

1. Nationalrat lehnt Trinkwasser- und Pestizidverbots-Initiative ab

Die Initiative "Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide" fordert ein Verbot synthetischer Pestizide in der landwirtschaftlichen Produktion, in der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und in der Boden- und Landschaftspflege. Verboten werden soll auch der Import von Lebensmitteln, die mit synthetischen Pestiziden hergestellt wurden oder die solche enthalten. Die Trinkwasser-Initiative setzt beim Geld an. Sie verlangt, dass nur noch jene Bauern Subventionen erhalten, die auf den Einsatz von Pestiziden, vorbeugend oder systematisch verabreichte Antibiotika und zugekauftes Futter verzichten.

Auch der Bundesrat lehnt Initiativen und Gegenvorschläge ab. Diese gingen zu weit und würden wegen der Importverbote auch gegen internationale Verpflichtungen der Schweiz verstossen, sagte Landwirtschaftsminister Guy Parmelin. Der Bundesrat habe aber die Hände nicht in den Schoss gelegt. Parmelin erinnerte unter anderem an die geplanten Massnahmen im Rahmen der AP22+. Die Botschaft dazu will er gegen Ende 2019 vorlegen. Viele Bauernvertreter wiesen auch auf die Fortschritte der letzten Jahre hin. Der Verbrauch von Pestiziden, Pflanzenschutzmitteln und Antibiotika sei drastisch reduziert worden. Weitere Fortschritte versprechen sich die Initiativgegner vom Aktionsplan Pflanzenschutzmittel, der Strategie Antibiotikaresistenzen und den vom Bundesrat mit der AP22+ angekündigten Massnahmen. NR Jans schlug die Rückweisung an die Kommission vor. Diese sollte einen indirekten Gegenvorschlag ausarbeiten. Mit dem indirekten Gegenvorschlag sollten verbindlich die Risiken der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln bis 2030 halbiert und Alternativen zum chemischen Pflanzenschutz gefördert werden.

Die FDP sprach sich klar gegen die zwei extremen Initiativen und deren direkten Gegenvorschläge aus. Die Rückweisung an die Kommission zur Ausarbeitung eines indirekten Gegenvorschlages wurde von der FDP ebenfalls mehrheitlich abgelehnt. Der Nationalrat entschied, beide Initiativen zur Ablehnung zu empfehlen. Zur Trinkwasser-Initiative sagte er mit 130 zu 58 Stimmen Nein, zur Pestizidverbots-Initiative mit 131 zu 54 Stimmen. Ebenso deutlich lehnte er die beiden direkten Gegenvorschläge ab. Der Nationalrat sprach sich zudem mit 111 zu 78 Stimmen ebenfalls gegen die Rückweisung und damit gegen einen indirekten Gegenvorschlag aus.

2. Neues Regime bei Inhaberaktion verabschiedet

Inhaberaktien werden teilweise abgeschafft. Inhaberaktien sind anonym und leicht übertragbar. Deshalb könnten sie gemäss OECD für Steuerhinterziehung und Geldwäscherei missbraucht werden. Der internationale Druck auf die Schweiz war daher gross, das Regime anzupassen. National- und Ständerat haben sich auf die Regeln dazu geeinigt. Damit dürften sie verhindert haben, dass die Schweiz auf einer schwarzen Liste landet. Beide Räte stimmten dem Antrag der Einigungskonferenz im letzten umstrittenen Punkt zu - mit 166 zu 8 Stimmen und 23 zu 0 Stimmen bei 10 Enthaltungen.

Künftig sind Inhaberaktien nur noch dann zulässig, wenn die Gesellschaft Beteiligungspapiere an einer Börse kotiert hat oder wenn die Inhaberaktien als Bucheffekten ausgestaltet sind. Dies, weil für börsenkotierte Titel bereits Transparenzregeln gelten. Bestehende Inhaberaktien werden innerhalb einer Frist von 18 Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes automatisch in Namenaktien umgewandelt. Aktien von Aktionären, die fünf Jahre nach Inkrafttreten der Regeln beim Gericht keine Eintragung in das Aktienbuch der Gesellschaft beantragt haben, werden nichtig. Im Gesetz steht nun, dass die Aktionäre ihre mit den Rechten verbundenen Aktien verlieren. Die nichtigen Aktien werden durch eigene Aktien ersetzt. Aktionäre, deren Aktien ohne eigenes Verschulden nichtig geworden sind, können unter Nachweis ihrer früheren Aktionärsenschaft innerhalb von zehn Jahren gegenüber der Gesellschaft einen Anspruch auf Entschädigung geltend machen.

Die FDP hat der Umwandlung schlussendlich zähneknirschend zugestimmt. Zunächst wollte der Nationalrat unter Federführung der FDP für die bestehenden Inhaberaktien ein Grandfathering einführen. Doch aus der Verwaltung und vom Bundesrat kamen klaren Signale: Das genüge dem "Global Forum" nicht. Eine schwarze Liste für die Schweiz will wiederum nicht riskiert werden, weil dies die Schweizer Wirtschaft stark einschränken würde.

Nicht ändern will das Parlament die Regeln zum Umgang mit Amtshilfesuchen auf Basis gestohlener Daten. Die Räte lehnten es ab, auf eine entsprechende Vorlage einzutreten. Die begrüsst diesen Entscheid, weil so der Grundsatz von Treu und Glauben nicht verletzt wird.

3. Erhöhung der Kinderfremdbetreuungsabzüge auf gutem Weg

Lassen Eltern ihre Kinder extern betreuen, sollen sie künftig bei der direkten Bundessteuer statt 10'100 Franken bis zu 25'000 Franken abziehen können. Die Summe entspricht in etwa den Kosten für einen nichtsubventionierten Krippenplatz für fünf Tage pro Woche. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat dem höheren Abzug für die Kinderbetreuung zugestimmt. Die Revision basiert auf der im Jahr 2011 lancierten Fachkräfteinitiative. Kurzfristig würde die Anpassung bei der direkten Bundessteuer zu Mindereinnahmen von rund 10 Millionen Franken führen. Mittelfristig rechnet der Bundesrat mit 2500 neuen Vollzeitstellen, wodurch die Einbussen wettgemacht würden.

Die Fremdbetreuungskosten sind heute oft nicht vollständig abzugsfähig und belasten das Budget von berufstätigen Eltern. Die Möglichkeit, ohne Hürden eine berufliche Laufbahn einschlagen zu können, ist ein wichtiger Faktor in der Gleichstellung von Frauen und Männern. Die Umsetzung dieser langjährigen Forderung der FDP ist endlich auf Kurs.

Im Gegensatz zum Nationalrat will es der Ständerat beim höheren Abzug für Betreuungskosten bewenden lassen. Er ist dagegen, zusätzlich den allgemeinen Kinderabzug von 6500 Franken auf 10'000 Franken zu erhöhen. Diese, doch auch kostspielige, Erhöhung ist systemfremd, erhöht sie doch nicht die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mit 25 zu 19 Stimmen folgte die kleine Kammer ihrer Wirtschaftskommission und dem Bundesrat. Im Nationalrat hatte der Kinderabzug mit der Unterstützung der SVP eine knappe Mehrheit gefunden, die FDP hatte diese Erhöhung abgelehnt. In der Gesamtabstimmung nahm der Ständerat die Vorlage mit 35 zu 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen an. Das Geschäft geht mit einer Differenz zurück an den Nationalrat.

4. Développement des réseaux de routes nationales et de chemin de fer

Les chambres se sont mises d'accord sur la prochaine étape d'aménagement des réseaux de routes nationales et de chemin de fer. Il s'agit d'un succès pour le PLR. Ces programmes seront financés par le FIF (rail) et le FORTA (routes), deux fonds pour lesquels le parti s'était fortement engagé sous la coupole et lors des votations populaires.

Concernant le rail, le Parlement a libéré un montant de 12,89 milliards de francs pour désengorger le réseau d'ici 2035. Plus de 200 projets sont prévus. Le projet permet de relever les défis à venir avec l'augmentation de la fréquentation des transports publics. L'étape 2035 d'aménagement prévoit entre autres des trains directs entre Bâle, Delémont et Genève. L'offre à travers le Jura sera étoffée. Le deuxième tube du tunnel de base du Lötschberg devrait être partiellement équipé. La capacité pour les trains de marchandises passera de trois à quatre trains par heure et par direction. Des cadences au quart d'heure sont prévues dans toutes les grandes régions urbaines et des cadences à la demi-heure entre toutes les grandes métropoles. Plusieurs gares seront aménagées. Au total, la facture du programme dépasse d'un milliard de francs ce que projetait le Conseil fédéral.

Pour ce qui est du réseau de routes nationales, 13,8 milliards ont été libérés pour son entretien et sa construction, soit un milliard de plus que ce que proposait le Conseil fédéral. Selon les prévisions de la Confédération, sans mesure, près de 385 kilomètres, soit environ 20% du réseau des routes nationales, seront régulièrement surchargés d'ici 2040. Il faut agir rapidement en éliminant les goulets d'étranglement. Le paquet adopté par les chambres profite à l'ensemble du pays et à toutes les régions. Le crédit d'engagement pour la mise à jour du réseau s'élève à 5,651 milliards de francs. Celui pour l'entretien, l'adaptation et l'exploitation des routes nationales pour la période 2020 à 2023 se monte à 8,156 milliards. Cette enveloppe contient notamment le service d'hiver, les travaux de nettoyage, les adaptations des mesures anti-bruit et les passages pour les animaux sauvages.

5. Eine zweite Chance für den indirekten Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative

Nachdem der Ständerat im Frühling nicht auf einen indirekten Gegenvorschlag eingetreten war, lag es nun am Nationalrat zu entscheiden, ob einem indirekten Gegenvorschlag definitiv eine Absage erteilt werden soll. Schweizer Unternehmen sollen für Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden von Tochtergesellschaften im Ausland gerade stehen. Das will der Nationalrat. Er hat sich mit 109 zu 69 Stimmen bei 7 Enthaltungen für einen indirekten Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative ausgesprochen, die Sorgfaltspflichten und Haftungsregeln fordert. Die Mehrheit der FDP-Fraktion hatte sich gegen den indirekten Gegenvorschlag gestellt, weil er eine vorweggenommene Umsetzungsgesetzgebung darstellt und zudem nicht klar ist, ob er die Initianten zum Rückzug der Initiative bewegen wird. Die Behandlung der Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» wurde sistiert, bis endgültig über den indirekten Gegenentwurf entschieden wurde. Nun ist wieder der Ständerat am Zug, der es abgelehnt hatte, auf den indirekten Gegenentwurf einzutreten. Er wird nun einen neuen Anlauf nehmen müssen, einen wirtschaftsfreundlichen Gegenentwurf auszuarbeiten, der zugleich zu einem Rückzug der Initiative führt.

6. Die Aktienrechtsrevision unter dem Eindruck des Frauenstreiks

Über sieben Stunden debattierte der Ständerat die Aktienrechtsrevision. Die Vorlage enthält einige hochumstrittene Punkte. Vor allem die Transparenzpflicht für Rohstoffunternehmen, die Einführung von Geschlechterrichtwerten sowie die Umsetzung der «Abzockerinitiative» auf Gesetzesebene wurden intensiv debattiert. Die Vorlage wäre bei seiner ersten Behandlung im Ständerat in der letzten Session fast gänzlich gescheitert. Ein Nichteintreten konnte nur verhindert werden, indem auf Antrag von der FDP die Vorlage nochmals zur Überarbeitung an die Kommission zurückgeschickt wurde. Unter Federführung der FDP-Deputation wurde die Vorlage dort wesentlich verbessert, weshalb man der Behandlung im Ständerat zuversichtlich entgegnetrat.

Die Debatte begann erfolgsversprechend. So fand z.B. die Einführung eines Kapitalbands eine Mehrheit, was von der FDP gefordert wurde. Bei der Frage der Geschlechterrichtwerte war die FDP in der vorberatenden Kommission im Sinne eines Kompromisses bereit, Richtwerten für Verwaltungsräte zuzustimmen, sofern dafür auf Richtwerte für Geschäftsleitungen verzichtet würde. Wohl noch unter dem Eindruck des Frauenstreiks entschied der Rat jedoch mit 27 zu 13 Stimmen entgegen der Mehrheit der FDP Fraktion, Geschlechterrichtwerte sowohl für Verwaltungsräte (30%) als auch für Geschäftsleitungen (20%) einzuführen. Da der Nationalrat zuvor ebenso entschieden hatte, besteht diesbezüglich nun keine Differenz mehr. Bezüglich der Transparenzpflicht für Rohstoffunternehmen hatte sich die FDP dafür eingesetzt, zu verhindern, dass diese auch auf Unternehmen, die nur mit Rohstoffen handeln, ausgedehnt wird. Im Rat entschied man sich für einen Mittelweg, der dem Bundesrat eine Kompetenz erteilt, Rohstoffhändlern im Bedarfsfalle eine solche Pflicht aufzuerlegen. Die Bestimmungen des VegüV, die die bisherige, vorläufige Umsetzung der «Abzockerinitiative» darstellen, wurden mehr oder minder unverändert in die Vorlage übernommen, was die FDP unterstützt hatte. Die Vorlage geht nun zurück an den Nationalrat zur Differenzbereinigung.

7. Elektronische Identifizierungsdienste: Es bleibt bei der Aufgabenteilung zwischen Staat und Privaten

Nachdem die Vorlage in der Frühlingssession vom Nationalrat angenommen wurde, lag es nun am Ständerat das BGEID zu debattieren. Auch diese Kammer nahm die Vorlage in der Gesamtabstimmung an. Das grosse Thema war in beiden Kammern die Rollenverteilung zwischen Staat und Privaten. Der Ständerat stimmte dem Nationalrat zu, dass der Bund die Prüfung der Identität und private Firmen die Herausgabe und den Betrieb der E-ID übernehmen sollen. Die Privaten müssen vom Bund anerkannt werden und sich kontrollieren lassen. Die FDP hatte von Anfang an diese Lösung unterstützt. Der Punkt war jedoch so umstritten, dass ein Scheitern der ganzen Vorlage in der Luft lag. Daher einigte man sich

als Kompromiss darauf, eine parallele «Back-up»-Kompetenz des Bundes zur Herausgabe der E-ID einzufügen. Die Vorlage geht zur Differenzbereinigung zurück an den Nationalrat (Herbstsession 2019).

8. Vereinigte Bundesversammlung (VBV)

Bundesgericht. Die vereinigte Bundesversammlung (VBV) hat am Mittwoch die CVP-Kandidatin Julia Hänni als Nachfolgerin des SVP-Richters Peter Karlen, welcher per 30.6.19 zurücktritt, ans Bundesgericht gewählt. Der Kandidat, mit welchem sich die SVP die Stelle sichern wollte, zog sich kurzfristig zurück. Julia Hänni wird damit ordentliche Richterin deutscher Sprache an der zweiten öffentlich-rechtlichen Abteilung.

Für die Stelle des Richters französischer Sprache wurde Bernard Abrecht (SP) gewählt. Er übernimmt das Amt von Jean-Maurice Frésard (SP), der ebenfalls per 30.6.19 zurücktritt, an der ersten sozialrechtlichen Abteilung.

Bundesstrafgericht. Gewählt hat die VBV Monika Galliker (CVP) als nebenamtliche Richterin italienischer Sprache für den Rest der Amtsperiode 2016 bis 2021. Sie übernimmt die Stelle von Claudia Solcà (CVP/TI), welche im Sommer 2018 als ordentliche Richterin an die Berufungskammer des Bundesstrafgerichts wechselte.

Bundesanwaltschaft. Die VBV bestätigte die stellvertretenden Bundesanwälte Ruedi Montanari und Jacques Rayroud mit je 207 von 233 gültigen Stimmen im Amt für die Periode 2020 bis 2023. Die Wiederwahl des Bundesanwaltes Michael Lauber verschob die Gerichtskommission aus aktuellem Anlass frühestens auf die Herbstsession 2019.

9. Geschäfte beider Räte

Schweiz-EU: Das Parlament fordert Zusatzverhandlungen beim Rahmenabkommen. In diesen sollen beim Lohnschutz, bei den staatlichen Beihilfen und in Sachen Unionsbürgerrichtlinie Verbesserungen erzielt werden. Die grosse Kammer nahm eine entsprechende Motion der WAK-N an. Die kleine Kammer behandelte bereits eine Woche vorher eine ähnlich lautende Motion aus der WAK-S, die im Vergleich zur nationalrätlichen Motion zusätzliche Forderungen enthielt. Da beide Räte ihren jeweiligen Motionen zustimmten, hat nun der Bundesrat den offiziellen parlamentarischen Auftrag, zu den gemeinsamen Punkten Zusatzverhandlungen mit der EU zu führen (oder andere geeignete Massnahmen zu ergreifen, um die offenen Punkte zu klären). Die FDP stellte in beiden Räten aus formalen und materiellen Gründen gegen die Motionen aus den WAK.

Staatsrechnung: Beide Räte haben die Staatsrechnung 2018 sowie Nachtragskredite zum Budget 2019 genehmigt, mit Unterstützung der FDP. Finanzminister Ueli Maurer warnte in der Debatte vor künftigen Steuerausfällen wegen geplanter internationaler Regulierungen. Das gute Ergebnis sei wesentlich auf die Unternehmenssteuern zurückzuführen, sagte Maurer. Er sprach von einem "Klumpenrisiko" mit Blick auf den Plan der OECD, die Unternehmensbesteuerung international zu harmonisieren. "Das könnte unser Steuersystem auf den Kopf stellen", sagte Maurer. Neben einer Mindestbesteuerung ist geplant, am Ort des Konsums statt am Ort der Wertschöpfung zu besteuern. Für die Schweiz hiesse das Mindereinnahmen - je nach Ausgestaltung in Milliardenhöhe, stellte der Finanzminister fest.

Beschaffungen: Bei der Totalrevision des öffentlichen Beschaffungsrechts haben sich die Räte auf einen Kompromiss geeinigt. Auf Antrag der Einigungskonferenz bleibt der "Heimatschutz-Artikel" im Gesetz, jedoch unter dem Vorbehalt der internationalen Verpflichtungen der Schweiz. Die Bestimmung soll dafür sorgen, dass beim Zuschlag die Kaufkraftunterschiede in Ländern berücksichtigt werden, in welchen eine Leistung erbracht wird. Die FDP hatte sich klar gegen einen Heimatschutz-Artikel gestellt, welcher internationale Verträge verletzt. Dies hätte unserer Exportindustrie enorm geschadet. Damit ist die Totalrevision des Beschaffungsrechts bereit für die Schlussabstimmungen. Diese ist nötig wegen einer Änderung des WTO-Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen (GPA).

Trafic d'agglomération. Contrairement aux programmes d'aménagement des routes nationales et du rail, les chambres ne se sont pas encore mises d'accord sur la liste de projets d'agglomération qui toucheront des fonds de la Confédération, nouvellement à travers FORTA. La Confédération soutient le programme en faveur du trafic d'agglomération depuis 2008. Il permet d'éviter que les coûts importants des projets ne soient assumés que par les communes et les cantons. Trois quarts des Suisses vivent dans de grandes villes ou des agglomérations. C'est aussi là que se concentrent les emplois. Ce programme est très important pour le PLR, puisqu'il doit assurer une continuité entre le réseau de routes nationales et les agglomérations.

Jagdgesetz: National- und Ständerat haben während der Sommersession weiter an einer Einigung zum Jagdgesetz gearbeitet. Trotz der Behandlung in beiden Räten bleiben weiterhin gewisse Differenzen bestehen. Unterschiedlicher Meinung sind sie sich noch bei der Frage, ob der Wolf in eidgenössischen Jagdbanangeboten gejagt werden darf. Offen ist zudem die Frage, ob Kantone Jagdprüfungen gegenseitig anerkennen müssen. Zudem will der Nationalrat, dass Abschüsse das Kriterium erfüllen müssen, dass durch diese regional angemessene Wildbestände erhalten bleiben. Weiter fordert der Nationalrat, dass nicht nur Kantone, sondern auch "betroffene Kreise" angehört werden bei der Definition von Kriterien für Entschädigungen bei Wildschäden. Einig wurde man sich beim Wolfsschutz in der Schweiz, der gelockert werden soll. Eine Dezimierung des Wolfsbestandes soll bei jedem drohenden Schaden möglich sein. Die Vorlage geht zur Differenzbereinigung zurück an den Ständerat und wird voraussichtlich in der Herbstsession bereinigt und in die Schlussabstimmung gehen. Die FDP wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass eine mehrheitsfähige Vorlage entsteht, die ein Gleichgewicht zwischen Artenschutz und Kontrolle der Bestände garantiert.

10. Geschäfte des Nationalrats

Standortförderung. Der Nationalrat will die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft fördern. Er hat am Dienstag für die Standortförderung 2020-2023 insgesamt 380,3 Millionen Franken gesprochen. Dabei war die grosse Kammer grosszügiger als der Bundesrat. Dieser hatte 373,1 Millionen Franken vorgesehen. Der Rat erhöhte jedoch den Betrag für die Agentur Innotour, welche die Innovation, Zusammenarbeit und den Wissensaufbau im Tourismus fördert, von 22,8 auf 30 Millionen Franken. Ansonsten entsprach er dem Antrag des Bundesrats. So soll Schweiz Tourismus 220,5 Millionen Franken bekommen, 90,5 Millionen Franken sind für die Aussenwirtschaftsförderung vorgesehen. Für die Standortpromotion sollen 17,6 Millionen Franken zur Verfügung stehen und mit 21,7 Millionen Franken will der Bundesrat E-Government-Aktivitäten weiter vorantreiben. Die FDP ist mehrheitlich den Mehrheiten der WAK-N gefolgt, welche sich nun auch im Nationalrat durchgesetzt haben. Das Geschäft geht an den Ständerat.

Qualité des soins. Le Parlement a bouclé une révision de la loi sur l'assurance maladie permettant d'améliorer la qualité des soins et la sécurité des patients. Une commission instituée par le Conseil fédéral sera créée. Elle sera composée de représentants des cantons, des fournisseurs de prestations, des assureurs, des assurés, des spécialistes et des associations de patients. Le PLR aurait préféré qu'une organisation commune – avec des représentants des acteurs principaux du domaine de la santé – soit instituée, selon une approche *bottom-up* et non *top-down*. Le projet contenant d'autres éléments positifs visant à améliorer la qualité des soins, le groupe libéral-radical l'a soutenu au vote final.

Sites de production de la SSR. Contrairement à l'avis d'une majorité du groupe libéral-radical, le Conseil national veut prescrire ses sites de production à la SSR. Cette intervention répond à la décision de la SSR de centraliser à Zurich les rédactions radio de la SRF, actuellement basées à Berne. Le PLR estime que ces décisions relèvent de la liberté d'entreprise de la SSR. Il est par ailleurs louable que celle-ci adopte des mesures d'économie, mesures qu'elle avait promises dans le cadre de la votation sur l'initiative « no-billag ». Le Conseil des Etats devra encore se prononcer sur cette question.

Schengen: Die Schweiz soll wie die EU-Staaten ein neues Ein- und Ausreiseregime einführen. Der Nationalrat hat als Zweitrat der Weiterentwicklung des Schengen-Rechts zugestimmt. Die EU führt mit dem Entry/Exit-System 2021 ein ähnliches Regime ein wie die USA. Das System erfasst an den Schengen-Aussengrenzen die Reisedaten von Drittstaatsangehörigen, die für einen Kurzaufenthalt von maximal neunzig Tagen ein- oder ausreisen. Das Gesichtsbild aller Reisenden wird gespeichert. Neu werden ausserdem auch die Fingerabdrücke von Personen gespeichert, die nicht visumpflichtig sind. Im Nationalrat beantragten die Grünen und einzelne SVP-Mitglieder dem Rat erfolglos, nicht auf die Vorlage einzutreten. Die FDP befürwortet die Vorlage.

Armeebotschaft: Der Nationalrat will für Armeematerial und Immobilien gut zwei Milliarden Franken ausgeben. Mit dem Geld sollen Lücken bei der Aufklärung und der Logistik geschlossen werden. Dazu sollen die überalterten Minenwerfer ersetzt werden. Eine klare bürgerliche Mehrheit inkl. FDP winkte die Bundesbeschlüsse über das Rüstungsprogramm (861 Mio. Franken), die Kredite für Armeematerial (762 Mio. Franken), das Immobilienprogramm (414 Mio. Franken) und auch das geänderte Militärgesetz durch. Sie folgte dabei den vorberatenden Kommissionen und dem Bundesrat. Die wenigen Kürzungsanträge von links scheiterten deutlich und ohne grosse Emotionen auf Seiten der Verlierer. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.

Internationales Genf: Mit der Weiterführung der bisherigen Strategie will der Bundesrat die Schweiz und vor allem das internationale Genf als Zentrum der multilateralen Diplomatie stärken. Der Nationalrat hat den dafür vorgesehenen Zahlungsrahmen von 103,8 Millionen Franken genehmigt. Dieser gilt für die Jahre 2020-2023. Hinzu kommen 8 Millionen zur Erhöhung des Aussenschutzes der internationalen Organisationen. Die grosse Kammer folgte mit ihren Entscheiden vollumfänglich den Anträgen der vorberatenden Kommissionen sowie des Bundesrats. Die FDP unterstützt die Vorlage ihres Aussenministers.

Güterkontrollgesetz: Heute kann der Bundesrat den Export von Spionagesoftware gestützt auf eine Verordnung verbieten. Nun möchte er dafür eine gesetzliche Grundlage schaffen. Die Vorlage soll in der nationalrätlichen Kommission diskutiert werden. Mit 89 zu 84 Stimmen hat es die grosse Kammer abgelehnt, die Behandlung der Vorlage bis im Herbst 2021 zu sistieren. Eine knappe Mitte-Links-Koalition stimmte gegen ein "unnötiges Zeitspiel", wie Nationalrätin Ida Glanzmann-Hunkeler (CVP/LU) die geplante Sistierung bezeichnete. Die Gesetzesänderungen seien jetzt zu beraten, um einen Reputationsschaden für die schweizerische Aussenpolitik abzuwenden. Aus Sicht der FDP hätte die Verordnungsgrundlage genügt. Die Fraktion hat sich daher für die Sistierung ausgesprochen.

Volksrechte: Das Parlament will im Gesetz regeln, wer für die Kündigung völkerrechtlicher Verträge zuständig ist. Der Nationalrat hat mit 179 Stimmen bei einer Enthaltung eine Gesetzesänderung angenommen. Eine entsprechende Verfassungsänderung wurde jedoch abgelehnt. Sie ist damit vom Tisch. Bisher sah sich der Bundesrat alleine für die Kündigung zuständig. Das Parlament beurteilt dies jedoch anders: Oft unterbreitete der Bundesrat die Genehmigung eines Vertrags der Bundesversammlung oder dem Volk. Daher solle er auch für die Kündigung des Vertrags nicht die alleinige Hoheit haben. Etwa im Hinblick auf die bevorstehende Begrenzungsinitiative könnte dieser Entscheid von Bedeutung sein. Sie fordert vom Bundesrat die Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU. Die FDP unterstützt die Vorlage klar, denn sie stärkt die Volksrechte.

Datenverbund: Der Bundesrat will ein krisensicheres Kommunikationssystem für Bund und Kantone schaffen. Mit diesem sollen die Behörden in Notlagen und auch bei Stromausfall schnell und sicher Informationen auszutauschen können. Der Nationalrat hat 150 Millionen Franken dafür bewilligt. Dass die heutigen Kommunikationssysteme Mängel aufweisen, hatten Übungen gezeigt. Bei Strommangel würden diese ausfallen oder wären deutlich eingeschränkt. Das neue System nutzt so weit wie möglich die vorhandene Infrastruktur, etwa gehärtete Standorte oder Glasfasernetze. Die Vorlage, die von der FDP unterstützt wird, geht nun an den Ständerat.

Zivilschutz: Die Totalrevision des Zivilschutzgesetzes ging im Nationalrat ohne grosse Probleme über die Bühne. Dies obwohl die Kantone anfangs massiven Unmut gegen die bundesstaatliche Botschaft geäussert hatten. Ihnen waren vor allem die Kompetenzteilung zwischen Bund und Kantonen sowie gewissen Finanzierungsfragen ein Dorn im Auge. Die FDP war in der Kommission (SiK-N) federführend bei der Findung einer Einigung zwischen Bund und Kantonen. Die eingesetzte Subko wurde von FDP-Nationalrat Walter Müller präsidiert. Dank der guten Vorarbeit der Subko wurde das Gesetz in der Gesamtabstimmung einstimmig vom Nationalrat gutgeheissen. In der Debatte zu reden gab letztlich insbesondere die Frage, ob im Zivilschutz ein Durchdienermodell eingeführt werden sollte oder nicht. Während die FDP diese Frage bejahte, lehnte die Mehrheit des Rates dies ab.

Verordnungsveto: Das Parlament soll das Recht erhalten, gegen Verordnungen des Bundesrates das Veto einzulegen. Der Nationalrat hat mit 113 zu 67 Stimmen bei 8 Enthaltungen eine Gesetzesänderung gutgeheissen, die aus Sicht des Bundesrates die Gewaltenteilung verletzt. Das Verordnungsveto soll verhindern, dass der Bundesrat Verordnungen erlassen kann, die nicht dem Willen des Parlaments entsprechen. Die Befürworter, zu denen die Mehrheit der FDP zählt, sehen darin eine Art Notbremse, die auch präventive Wirkung haben soll. Dagegen stellten sich SP und Grüne und eine Minderheit der FDP. Die Vorlage geht nun an den Ständerat. Nach dem Willen des Nationalrates soll ein Drittel eines Rates einen Antrag auf ein Verordnungsveto einreichen können. Ist die zuständige Kommission einverstanden, entscheiden die Räte.

Lobbyismus: Der Ständerat möchte Transparenzvorschriften für Bundeshaus-Lobbyisten einführen. Der Nationalrat ist dagegen. Er hat eine von der Ständeratskommission ausgearbeitete Gesetzesänderung abgelehnt. Gemäss dem Entwurf müssten professionelle Lobbyistinnen und Lobbyisten, die im Parlamentsgebäude arbeiten, ihre Auftraggeber bekannt geben. Die Mehrheit im Nationalrat ist der Ansicht, dass das zu viel Bürokratie und hohen Kosten führt, aber wenig bringt. Kommissionssprecher Marco Romano (CVP/TI) sprach von einer "Scheinlösung". Die meisten Kontakte bahnten sich ohnehin ausserhalb des Bundeshauses an. Diese Haltung vertritt auch die überwiegende Mehrheit der FDP. Die Vorlage geht nun zurück an den Ständerat.

Schweiz - USA: Der Bundesrat soll ein Freihandelsabkommen mit den USA anstreben – oder mindestens ein präferenzielles Handelsabkommen. Das fordert nach dem Ständerat auch der Nationalrat inkl. FDP. Mit 122 zu 47 Stimmen bei 9 Enthaltungen hat die grosse Kammer eine Motion von Ständerat Konrad Graber (CVP/LU) überwiesen. Diese beauftragt den Bundesrat, neben der Wirtschaft auch Landwirtschafts- und Konsumentenorganisationen in die Gespräche einzubeziehen. Das soll einen vorzeitigen Verhandlungsabbruch wie im Jahr 2006 vermeiden. Kommissionssprecherin Christa Markwalder (FDP/BE) sprach von einem "window of opportunity" für Verhandlungen. Die Schweiz sollte dieses nicht verschlafen, sagte sie. Der Bundesrat befürwortete die Motion. Exploratorische Gespräche sind bereits im Gange.

Freihandel: Der Nationalrat hat den Freihandelsabkommen mit der Türkei und mit Ecuador zugestimmt. Ein Teil des Rates hatte bei jenem mit der Türkei Bedenken wegen der dortigen Menschenrechtssituation. Den Antrag auf Rückweisung an den Bundesrat lehnte der Nationalrat aber ab. Bei jenem mit Ecuador enthielt sich die Ratslinke der Stimme. Zudem lehnte die grosse Kammer bei beiden Abkommen das Einfügen eines institutionellen Mechanismus zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsbestimmungen, Arbeitsstandards, Menschenrechtsnormen und Bestimmungen zum Umweltschutz ab. Parallel zum Freihandelsabkommen mit der Türkei wird das bilaterale Landwirtschaftsabkommen zwischen der Schweiz und der Türkei revidiert. Die FDP spricht sich grundsätzlich für Freihandelsverträge aus, wobei wirtschaftliche und politische Fragen möglichst voneinander zu trennen sind. Würde die Schweiz ein FHA mit der Türkei ablehnen, würde dies die Menschenrechtssituation nicht verbessern. Im Gegenteil: Ein FHA stärkt die bilateralen Beziehungen und damit auch den Dialog über die Menschenrechte.

Enteignungsgesetz: Der Nationalrat will das Enteignungsrecht modernisieren und hat eine Änderung des entsprechenden Bundesgesetzes mit 141 zu 43 Stimmen angenommen. Dabei will er, dass

Entschädigungen für Kulturland künftig das Sechsfache des massgeblichen Höchstpreises betragen. Nicht angenommen hat der Nationalrat Vorschläge der Kommission über neue Regelungen, mit welchen sie die Verfahrensrechte von Grundeigentümern stärken wollte, die von Fluglärm und Verkehrsimmissionen betroffen sind. Die FDP hatte sich gegen diese Regelungen gewehrt, da sie im Gegensatz zur jetzigen Rechtslage keine Anpassung der Entschädigung an die effektive Lärmbelastung ermöglicht hätten. Anders als der Bundesrat will der Nationalrat zudem, dass die Mitglieder der Schätzungskommissionen vom Bundesgericht gewählt werden. Der Bundesrat schlägt das Bundesverwaltungsgericht als Wahlbehörde vor. Über die Änderung des Enteignungsgesetzes wird noch der Ständerat befinden.

Whistleblower: Der Nationalrat will Whistleblower zwar schützen, lehnte den Entwurf des Bundesrats zum Schutz bei Meldung von Unregelmässigkeiten dennoch ab. Für die Vorlage war es bereits der zweite Anlauf, die Zustimmung des Rates zu gewinnen. Bei der erstmaligen Beratung befand der Rat die Vorlage für zu kompliziert und schickte sie zur Überarbeitung an den Bundesrat zurück. Die Mehrheit des Nationalrats ist aber der Meinung, dass auch diese neue Vorlage sehr kompliziert und für betroffene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schwer verständlich sei. Dieser Meinung war auch die FDP-Fraktion des Nationalrats. Der Rat lehnte den Entwurf mit 144 zu 27 Stimmen ab. Einzig die BDP und die CVP unterstützen den zweiten Vorschlag des Bundesrats. Kritisiert wurde unter anderem das Kaskadenprinzip. Arbeitnehmende müssen demnach Unregelmässigkeiten zunächst dem Arbeitgeber melden. Unter bestimmten Bedingungen dürfen die Behörden informiert werden. Der Gang an die Öffentlichkeit ist als letzte Möglichkeit vorgesehen. Als nächstes wird der Ständerat über den Entwurf befinden.

11. Geschäfte des Ständerats

Kohäsionsmilliarde: Der Ständerat behandelte in der Sommersession in zweiter Lesung den Erweiterungsbeitrages an ausgewählte EU-Staaten (kurz: Kohäsionsmilliarde). Da weiterhin eine Differenz zum Nationalrat besteht, konnte das Geschäft, das bereits seit der Wintersession 2018 in der parlamentarischen Beratung steckt, noch nicht verabschiedet werden. Die Räte sind sich uneinig betreffend die Verteilung der Gelder: Der Nationalrat möchte die Tranche, die für migrationspolitische Projekte vorgesehen ist, erhöhen – was einer Forderung der FDP entspricht. Der Ständerat lehnt die Erhöhung ab. Damit ist klar, dass der definitive Beschluss zur Kohäsionsmilliarde erst im September fallen wird. Dannzumal wird auch klar sein, wie es mit der Börsenäquivalenz weitergeht. Einig sind sich National- und Ständerat darin, dass die Kohäsionsmilliarde nur gesprochen werden soll, wenn die EU auf diskriminierende Massnahmen gegen die Schweiz verzichtet.

Finanzausgleich. National- und Ständerat haben sich auf eine Anpassung des Finanz- und Lastenausgleichs (NFA) geeinigt. Es handelt sich um einen Kompromiss, den die Kantone unter sich und mit dem Bund ausgehandelt haben. Die Geberkantone werden dadurch entlastet, die Nehmerkantone erhalten eine gesetzlich garantierte Mindestausstattung. Auch der Bund spart dabei Geld. Diese Mittel sollen aber im System bleiben: 140 Millionen Franken sollen während einer Übergangszeit zur Unterstützung der Nehmerkantone verwendet werden. Mit dem gleichen Betrag wird der soziodemografische Ausgleich aufgestockt. Dieses Geld kommt den städtischen Zentren zu Gute. Die FDP hatte den Kompromiss von Beginn weg gestützt.

Banknoten: Alte Banknoten können künftig unbefristet eingetauscht werden. Der Ständerat ist stillschweigend dem Nationalrat gefolgt, dessen Position auch von der FDP unterstützt wurde. Das Geschäft ist damit bereit für die Schlussabstimmungen. Der unbefristete Umtausch soll ab der sechsten Serie gelten, die ab 1976 in Umlauf gebracht wurde. Die Umtauschfrist würde im Mai 2020 auslaufen. Die Mehrheit im Parlament kam aber wie der Bundesrat zum Schluss, dass eine Frist nicht mehr zeitgemäss ist. 25 Jahre nach dem Rückruf einer Banknotenserie werden 90 Prozent des Gegenwerts der nicht eingetauschten Noten an den Fondssuisse sowie an Bund und Kantone verteilt. 10 Prozent des Gegenwertes bleiben bei der Nationalbank.

Investitionskontrolle: Der Ständerat will die Schweizer Wirtschaft mit staatlicher Kontrolle vor «schädlichen» internationalen Übernahmen schützen. In der Schweiz gibt es nach Ansicht der Ratsmehrheit zu wenig gesetzgeberische Handhabe. Die kleine Kammer hat eine Motion von Beat Rieder (CVP/VS) mit 22 zu 18 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen. Diese verlangt vom Bundesrat, die Gesetzesgrundlagen für eine Investitionskontrolle von ausländischen Direktinvestitionen auszuarbeiten. So soll eine Genehmigungsbehörde eingesetzt werden für die Geschäfte, die der Investitionskontrolle unterworfen sind. Die FDP lehnte den Vorstoss ab: Die Schweiz als kleine, offene Volkswirtschaft ist auf ausländische Direktinvestitionen angewiesen, diese schaffen Mehrwert für die Schweiz. Es ist zudem nicht klar, wie eine «schädliche» Übernahme definiert werden soll. Falls Handlungsbedarf besteht, dann bei der Cybersicherheit. Die Motion geht an den Nationalrat.

Admission des médecins. Retour à la case départ pour le projet de réglementation de l'admission des prestataires de soins. Le Conseil des Etats a ignoré le concept proposé par la Chambre basse en décembre 2018. Il s'oppose notamment à permettre aux cantons d'assouplir l'obligation faite aux assureurs de rembourser les prestations de tous les médecins. Les sénateurs n'ont pas voulu non plus donner aux assureurs un droit de recours contre les décisions des cantons concernant la fixation et le calcul des nombres maximaux de médecins admis. La Chambre des cantons ne veut en outre rien savoir d'un couplage du projet avec celui du nouveau financement de l'ambulatoire qui prévoit que les cantons mettent également la main au porte-monnaie (financement uniforme ambulatoire/stationnaire). Ce couplage, ainsi qu'un assouplissement de la liberté de contracter, constituaient des éléments-clé pour que le groupe libéral-radical, sceptique par rapport à une réglementation étatique de l'admission des médecins. L'objet revient au Conseil national.

Congé paternité. Les jeunes pères devraient obtenir deux semaines de congé à la naissance de leur enfant. Le Conseil des Etats a soutenu ce projet par 26 voix contre 16, contre l'avis du Conseil fédéral. Il a en revanche rejeté par 29 voix contre 14 un congé de quatre semaines. Le Conseil national prendra position lors de la session d'automne. Pour le PLR, un congé paternité n'est pas satisfaisant. Les modèles proposés sont trop rigides et cimentent les vieux modèles du rôle du père et de la mère. Un congé parental de 16 semaines répond mieux à la société actuelle. Huit semaines seraient réservées à la mère et les huit restantes devraient être partagées entre les parents. Si les parents n'arrivent pas à se mettre d'accord, la mère prendrait quatorze semaines. Les sénateurs libéraux-radicaux ont déposé une motion demandant l'introduction d'un tel modèle.

Commissions versées aux courtiers. Les commissions versées aux courtiers dans le domaine de l'assurance-maladie seront non seulement limitées dans l'assurance base, mais également dans les complémentaires. Le PLR soutenait la motion originelle, qui ne visait que l'assurance de base. Le National avait malheureusement décidé d'en étendre la portée aux assurances complémentaires. Le Conseil des Etats ne pouvait à ce stade que se rallier à la version modifiée de la motion ou enterrer tout le texte. Cette dernière option n'a pas été retenue. L'inclusion des assurances complémentaires n'en soulève pas moins des incertitudes sur les questions liées au droit de la concurrence.

Hooligans: Die Schweiz kann ein Abkommen des Europarats gegen Gewalt an Sportanlässen ratifizieren. Der Ständerat hat sich als Zweitrat dafür ausgesprochen, mit 38 zu 2 Stimmen. Mit dem totalrevidierten Übereinkommen sollen präventive Massnahmen gestärkt werden, zum Beispiel Ausreisesperren gegen Hooligans. Gesetzesänderungen sind nicht nötig. In der Diskussion machten viele ihrem Ärger über Hooligans und die Untätigkeit der Kantone Luft. Das Hooligan-Konkordat müsse endlich umgesetzt werden, lautete der Tenor. Die strafrechtlichen Möglichkeiten seien konsequent anzuwenden. "Papier haben wir genug, passiert ist nichts", stellte Daniel Jositsch (SP/ZH) fest. Er sprach von einem rechtsfreien Raum in Stadien. Beat Rieder (CVP/VS) forderte höhere Strafen.

Sicherheitsdiplomatie: Der Bund soll drei Genfer Zentren für Sicherheits- und Friedenspolitik weiterhin finanziell unterstützen. Der Ständerat hat den Rahmenkredit von 128 Millionen Franken für die Jahre

2020 bis 2023 gutgeheissen. Unterstützt werden sollen das Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik (GCSP), das Genfer internationale Zentrum für humanitäre Minenräumung (GICHD) und das Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF), wie Kommissionssprecher Olivier Français (FDP/VD) erläuterte. Der Rat stimmte dem Rahmenkredit einstimmig zu. Der Nationalrat wird auch noch über das Geschäft befinden.

Stellenmeldepflicht: Der Ständerat ist einverstanden damit, dass der Bund die Kantone bei der Kontrolle der Stellenmeldepflicht finanziell unterstützt. Dieser soll für die Hälfte der Lohnkosten aufkommen. Mit der Stellenmeldepflicht in Berufsarten mit hoher Arbeitslosigkeit hat das Parlament die Masseneinwanderungsinitiative umgesetzt. Diese gilt seit Juli 2018. Die Umsetzung und die Kontrolle der Einhaltung der Stellenmeldepflicht ist Sache der Kantone. Sie tragen die Kosten bislang selber, weil es für eine Beteiligung des Bundes noch keine gesetzliche Grundlage gibt. Das soll sich mit dem neuen Gesetz ab 2020 ändern. Der Ständerat will die Beteiligung des Bundes bis 2023 befristen und die Lage danach neu beurteilen. Er stimmte dem Gesetzesentwurf am Montag einstimmig zu. Das Geschäft geht an den Nationalrat. Die FDP befürwortet die Beteiligung des Bundes an den Kosten.

Plastikmüll: Das Parlament sagt dem Plastikmüll den Kampf an und folgt damit einer Motion der UREK-N, die auf einen Antrag der FDP (NR Jacques Bourgeois) zurückgeht. Der Ständerat hat sich nun oppositionslos für eine leicht angepasste Motion ausgesprochen. Dadurch soll die Plastikverschmutzung in Gewässern und Böden reduziert werden. Konkret will das Parlament den Bundesrat verpflichten, gemeinsam mit den betroffenen Branchen Massnahmen zu prüfen und zu ergreifen, um die Verwendung von Plastikverpackungen und Einwegkunststoffprodukten innert nützlicher Frist erheblich zu reduzieren.

12. Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion

Ip FDP-Liberale Fraktion (Sprecherin NR Fiala). Tallinn Deklaration zu eGovernment: Wo steht die Schweiz heute und was ist zu tun?

Text

Die Schweiz schneidet mit Bezug auf eGovernment im internationalen Vergleich schlecht ab (siehe etwa E-Government-Benchmark-Bereich der EU 2018). Umso erfreulicher ist, dass Herr Bundesrat Ueli Maurer 2017 die Tallinn Declaration on eGovernment, zusammen mit den Regierungen der EU und der EFTA, unterzeichnet hat. Die Prinzipien von Tallinn lauten wie folgt: 1. Digital-by-Default, 2. Once only, 3. Vertrauenswürdigkeit und Sicherheit, 4. Offenheit und Transparenz, 5. Interoperability-by-Default; sie sollen bis 2022 Realität werden. Eine konsequente Umsetzung dieser Prinzipien erneuert das schweizerische Staatswesen fundamental und bietet Bevölkerung und Wirtschaft eine zukunftsfähige, digitale, öffentliche Infrastruktur.

Fragen:

- › Für die Umsetzung sieht die Deklaration eine Frist bis 2022 vor. Welche Massnahmen sind auf Bundesebene noch erforderlich, um dieses Ziel zu erreichen, insbesondere: Welche gesetzlichen Grundlagen müssen noch geschaffen beziehungsweise welche Gesetze müssen harmonisiert werden? Welche zusätzlichen technischen und organisatorischen Massnahmen sind erforderlich? Welche finanziellen Mittel sind dafür bereitzustellen?
- › Falls eine vollständige Umsetzung bis 2022 nicht möglich sein sollte: Welche zusätzliche Frist ist dafür einzuplanen? Welche zusätzlichen Mittel sind erforderlich?
- › Im schweizerischen Staatswesen üben Kantone, Gemeinde, Zweckverbände, Staatsbetriebe etc. eine wichtige Rolle aus. Welche Massnahmen kann der Bund ergreifen, damit die Prinzipien der Tallinn-Deklaration auch in diesen Körperschaften und Organisationen gelebt werden, ohne ihre Hoheit zu tangieren? Wie sind allfällige Konflikte zu lösen?
- › Die Prinzipien der Tallinn-Deklaration erfordern teilweise eine grundsätzliche Neuinterpretation von Grundsätzen unserer Verfassung. Zu nennen wäre beispielsweise der Föderalismus und die

Subsidiarität, die Organisation der Verwaltung in Departementen, der Schutz der Privatsphäre oder das Milizsystem. Zudem ist deren Umsetzung ist nur möglich, wenn sie von einem umfassenden Kulturwandel begleitet wird, der vom Gesamtbundesrat geführt wird. Ist der Bundesrat bereit, zu diesen Themen einen Bericht zu verfassen? Falls ja, bis wann? Falls nein, warum nicht?

13. Schlussabstimmungen

Mit den Schlussabstimmungen haben die eidgenössischen Räte am Freitag die Sommersession abgeschlossen. 21 Vorlagen kamen parlamentarisch unter Dach und Fach:

- › mit 127 zu 69 Stimmen (Nationalrat) und 29 zu 15 Stimmen (Ständerat) das Bundesgesetz zur Umsetzung von Empfehlungen des Globalen Forums über Transparenz und Informationsaustausch für Steuerzwecke, welches Inhaberaktien abschafft, damit die Schweiz nicht auf einer schwarzen Liste landet;
- › mit 195 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung und 44 zu 0 Stimmen die Änderung des WTO-Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen, welche für mehr Transparenz im Vergabeverfahren sorgen und unzulässige Wettbewerbsabreden und Korruption eindämmen soll;
- › mit 194 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 44 zu 0 Stimmen die Totalrevision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen, welche die Vorgaben des entsprechenden WTO-Übereinkommens im Schweizer Recht abbilden soll;
- › mit 185 zu 7 Stimmen bei 4 Enthaltungen und 37 zu 3 Stimmen bei 4 Enthaltungen das Bundesgesetz über den Finanz- und Lastenausgleich, welches die Geberkantone entlastet und die Nehmerkantone mit einer garantierten Mindestausstattung unterstützt;
- › mit 149 zu 45 Stimmen bei einer Enthaltung und 43 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung der Bundesbeschluss über den Ausbauschnitt 2019 für die Nationalstrassen, welcher für den Ausbau, Betrieb und Unterhalt des Nationalstrassennetzes insgesamt 13,8 Milliarden Franken zur Verfügung stellt;
- › mit 195 zu 1 Stimmen und 44 zu 0 Stimmen der Bundesbeschluss über den Ausbauschnitt 2035 für die Eisenbahninfrastruktur, welcher für den Ausbau, Betrieb und Unterhalt der Bahninfrastruktur in den nächsten Jahren insgesamt 12,89 Milliarden Franken zur Verfügung stellt;
- › mit 144 zu 51 Stimmen bei einer Enthaltung und 44 zu 0 Stimmen die Änderung des Bundesgesetzes über die Währung und die Zahlungsmittel, welche sicherstellt, dass alte Banknoten künftig unbefristet eingetauscht werden können;
- › mit 143 zu 53 Stimmen und 41 zu 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen die Änderung des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts, welche schärfere Regeln gegen Versicherungsmissbrauch schafft;
- › mit 195 zu 0 Stimmen und 33 zu 9 Stimmen bei 2 Enthaltungen die Revision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung, welche eine neue eidgenössische Kommission zur Förderung der Qualität im Gesundheitswesen schafft;
- › mit 195 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung und 44 zu 0 Stimmen die Änderung des Bundesgesetzes über die Zuständigkeiten für den Abschluss, die Änderung und die Kündigung völkerrechtlicher Verträge, welche dem Parlament bei wichtigen Verträgen mehr Mitsprache erlaubt;
- › mit 135 zu 56 Stimmen bei 5 Enthaltungen und 40 zu 4 Stimmen der Bundesbeschluss über die Genehmigung des Übereinkommens vom 3. Juli 2016 des Europarats über einen ganzheitlichen Ansatz für Sicherheit, Schutz und Dienstleistungen bei Fussballspielen und anderen Sportveranstaltungen, welcher zum Beispiel Ausreisesperren gegen Hooligans vorsieht;
- › mit 196 zu 0 Stimmen und 44 zu 0 Stimmen der Bundesbeschluss über die Genehmigung des Protokolls zur Änderung des Zusatzprotokolls zum Übereinkommen über die Überstellung verurteilter Personen, welcher dazu führt, dass die legale Ausreise ins Heimatland nicht mehr vor der Vollstreckung einer Strafe schützt;

- › mit 162 zu 23 Stimmen bei 9 Enthaltungen und 44 zu 0 Stimmen der Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung der Notenaustausche zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Rechtsgrundlagen zur Errichtung und Nutzung des Einreise- und Ausreisensystems (EES), welcher Rechtsgrundlagen für eine neue Datenbank und automatische Grenzkontrollen an Flughäfen schafft;
- › mit 170 zu 19 Stimmen bei 5 Enthaltungen und 44 zu 0 Stimmen das Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration, welches die obengenannte Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands ins Schweizer Recht überführt;
- › mit 194 zu 1 Stimmen und 44 zu 0 Stimmen der Bundesbeschluss über die Genehmigung des Übereinkommens über den Schutz des Unterwasser-Kulturerbes und über dessen Umsetzung, welcher auf hoher See völkerrechtlich verbindliche Regeln schafft;
- › mit 131 zu 61 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 40 zu 1 Stimmen bei 3 Enthaltungen der Bundesbeschluss über die Genehmigung des Rahmenübereinkommens des Europarats über den Wert des Kulturerbes für die Gesellschaft, welcher das Potenzial des Kulturerbes aktivieren und neue Zugänge dazu schaffen will;
- › mit 145 zu 0 Stimmen bei 48 Enthaltungen und 44 zu 0 Stimmen der Bundesbeschluss über die Genehmigung des Freihandelsabkommens zwischen den Efta-Staaten und Ecuador;
- › mit 131 zu 57 Stimmen bei einer Enthaltung und 38 zu 0 Stimmen bei 6 Enthaltungen der Bundesbeschluss über die Genehmigung des Freihandelsabkommens zwischen den Efta-Staaten und der Türkei sowie des Landwirtschaftsabkommens zwischen der Schweiz und der Türkei, mit welchem die bestehenden Abkommen modernisiert werden;
- › mit 196 zu 0 Stimmen und 44 zu 0 Stimmen der Bundesbeschluss über die Genehmigung des Abkommens zwischen der Schweiz und Bulgarien über die polizeiliche Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Kriminalität, welches unter anderem den Kampf gegen Schwerstkriminalität erleichtern soll;
- › mit 196 zu 0 Stimmen und 44 zu 0 Stimmen der Bundesbeschluss über die Genehmigung des Vertrags von Peking über den Schutz von audiovisuellen Darbietungen und mit
- › mit 196 zu 0 Stimmen und 44 zu 0 Stimmen der Bundesbeschluss über die Genehmigung des Vertrags von Marrakesch über die Erleichterung des Zugangs zu veröffentlichten Werken für blinde, sehbehinderte oder sonst lesebehinderte Menschen und über seine Umsetzung, welche beide eine Änderung des Urheberrechtsgesetzes bedingen.

Alle Vorlagen unterstehen dem fakultativen Referendum. Ein solches ist bisher bei keinem der Themen angekündigt.